

Befähigung der öffentlichen Sicherheit, Demonstrationen und andere Entschlüsse befürchtete. Ferner glaubte der Herr Landrat, zu weit abgelegenen Kreisen, herbeizurufen, selbst aus weidender Anlaß, die fürchtbaren Gefahren für die öffentliche Ordnung zu mittern! Durch das Verbot der Versammlung ist das "Alte Land" noch einmal glücklich vor dem Unstern bewahrt geblieben.

Aus der Budgetkommission. In der Mittwochssitzung berichtigte sich die Budgetkommission mit den Beschwerden eines Teils der Pächter von Samoa gegen den Gouverneur Dr. Solf, und zwar schloß eine mehrstündige Debatte bei der Bewilligung einer ersten Rate von 30.000 Mk. für einen neuen Hellschuppen in Abla ein. Während die Regierung denselben an die alte Stelle hinstellen will, forderten die Pächter einen anderen Platz für den neuen Schuppen. Damit verbindet sich jedoch der Wunsch, einen Hafen in größerem Stil anzulegen, der nach den Angaben der Regierung Millionen kosten wird. Gegen jeden solchen Plan wendeten sich unsere Genossen, mit aller Entschiedenheit hervorhebend, daß der geringe Handelsverkehr und seine beschränkte Entwicklungsmöglichkeit auf Samoa solche Millionenausgabe nach keiner Seite hin begründen könne.

Zur Frage der Selbstverwaltung lag eine Resolution Erzherrger, die verlangt, daß eine der Verhältnissen entsprechende Selbstverwaltung eingeführt und dem Gouvernementsrat als höchster der Voranschlag des Staats unterbreitet werden sollte. Von unseren Genossen wurde zu dieser Resolution ein Zusatz beantragt, nach dem auch die Eingeborenen an der Selbstverwaltung beteiligt sein sollten.

Zu einer Beschlußfassung kam es nicht, da die Debatte abgebrochen und auf Donnerstag verlagert werden mußte.

Eine freikonserervative Abfrage an den Kanzler. Die Post bringt eine parteiöffentliche Erklärung der Freikonserativen, die als Antwort aufzufassen ist auf die vom Reichskanzler zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, daß die Freikonserativen in ihrer großen Mehrheit zur positiven Lösung bei der Verfassungsreform für die Kaiserliche Regierung bereit sei. Die Erklärung besagt nun aber:

Diese Annahme trifft zu, aber der Herr Reichskanzler scheint nicht voll beachtet zu haben, daß an die Bereitwilligkeit zur positiven Mitwirkung an jenem gesetzgeberischen Werke die Erfüllung gewisser Voraussetzungen geknüpft ist. Diese Voraussetzungen sind außer der Wiederherstellung der Bestimmungen der Verfassung über die Festlegung des Staats vor allem die verfassungsmäßige Sicherstellung der deutschen Sprache und der Einschränkung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Bisher ist aber bekanntlich keine dieser Voraussetzungen in der mit der Vorbereitung des Gesetzentwurfes betrauten Kommission erfüllt worden.

Als Feinde des allgemeinen und gleichen Wahlrechts sind die Freikonserativen längst bekannt, aber in dieser unverfüllt brutalen Form ist diese Wahlrechtsfeindschaft doch noch selten zum Ausdruck gebracht worden.

Freiherr v. Hertling, der Führer der Reichstags-Zentrumsfraktion, ist in Berlin an einer doppelseitigen Augenentzündung schwer erkrankt. Am Dienstag Nachmittag wurde er in das St. Hedwigs-Krankenhaus überführt; bei recht schwachem körperlichen Zustande stieg die Fiebertemperatur des Kranken am Abend auf 40 Grad. v. Hertling soll bereits die Sterbesakramente empfangen haben.

Ausland.

Zum Attentat auf Oberstleutnant von Schlichting.

Das Kriegsgericht in Konstantinopel hat gestern Mittag den albanischen Soldaten, der den im türkischen Dienste stehenden deutschen Oberstleutnant von Schlichting durch einen Schuß tödlich verletzte zum Tode verurteilt. Für diesen Fall hatte die Regierung schon vorher beschlossen, den Attentäter sofort erschießen zu lassen, trotz der großen Gefahr, die bei der gegenwärtigen Erregung aller Albanen diese Exekution bedeutet. Der Geißelte hatte bei der Operation dem "Tag" zufolge verlangt, daß die Choroformnarkose unterbleibe. Er hat auf dem Totenbett ein Testament verfaßt, in welchem er bestimmt, daß seine Leiche nach Deutschland übergeführt werden soll. Zum Testamentsvollstrecker hat er den Sohn des Generalfeldmarschalls Freiherrn von der Goltz bestimmt.

Nachmittags erschien der erste Adjutant des Sultans in der deutschen Botschaft, um das Beileid des Sultans auszusprechen. Im Namen der Regierung londonletzte der Großwesir. Die türkischen Marineoffiziere sandten dem deutschen Botschafter ein Beileidstelegramm.

Der Attentäter wurde noch am gleichen Nachmittag standrechtlich erschossen.

Das tragische Ende des Oberstleutnants v. Schlichting erscheint übrigens in einem eigenartigen Lichte, wenn eine vom "Berliner Lokalanzeiger" verbreitete Meldung den Tatsachen entspricht. Danach hat ein türkischer Offizier folgende Erklärung des Falles gegeben:

Der Attentäter Sabji bin Ibrahim Resul war früher von Schlichting mehrmals in der Hand in Mitleidung gebracht worden, das letzte Mal ließ ihn Schlichting mit der Keilzange ganz leicht ans Gesicht, um ihn den Kopf zu drehen. Darauf befiel Resul sich von einem Scharschützen zwei scharfe Patronen zurück und erklärte, wie die kriegsgerichtliche Vernehmung ergab, seinen Kameraden schon vor einigen Tagen, wenn der deutsche Offizier ihn noch einmal mit der Keilzange berühren werde, er ihn erschließen. Der türkische Offizier fügte hier ein, Schlichting habe leider nicht gewußt, daß solche Berührung schon genüge, daß ein Albanese seinen eigenen Vater morde.

Demnach wäre Oberstleutnant von Schlichting ein Opfer seiner preußischen Schnelligkeit geworden.

Der Protest der Duma.

Die Reichsduma schritt, wie gemeldet, nach Annahme einer Reihe von Forderungen für das Kriegsministerium zur Debatte über die Dringlichkeit gleichzeitiger Interpellationen der Oskobisten, Progressisten, Radikalen und Sozialdemokraten. Die Regierung wird darin des ungesetzlichen Vorgehens beschuldigt bei der Durchführung der vom Reichsrat abgelehnten Vorlage über die Semstwo in den Westprovinzen, die die Regierung auf Grund des Artikels 87 während der Unterbrechung der Tätigkeit der gesetzgebenden Körperschaften vorgenommen hatte. Nach mehreren Reden wurde die Dringlichkeit mit den Stimmen aller gegen die Stimmen der Nationalisten und der Rechten angenommen. Die Duma begann sofort die Besprechung der Interpellation. Schliwowski erklärte im Namen der Oskobisten, die Annahme des § 87 bedeute im gegebenen Falle eine Untergrabung des Zweikammersystems.

Der Progressist Jekremow betonte, die dreitägige Unterbrechung der Arbeit der Duma und des Reichsrates sei eine unglaublich falsche Auslegung der Artikel 86 und 87 der Grundgesetze. Der Redner erklärte, eine Politik, die zu gleicher Zeit innere und äußere Schwierigkeiten löse, fordere unzulässigerweise die allerhöchsten Elemente heraus und reize durch Mangel an staatsmännischer Einsicht auf. Mit einem solchen Minister lasse sich nicht weiter arbeiten. Der Radikal Illiulow erklärte, aus nichtigen Anlässen habe Stolypin die erste und die zweite Duma aufgelöst. Jetzt komme die dritte und die verantwortliche Majorität der dritten Duma, doch sei die Majorität selbst an dieser Situation schuld. Sie habe alle Rechte der Regierung unterfützt und die Regierung vermahnt. Durch die jüngsten Regierungsmassnahmen sei der Duma der Todesstoß gesetzt worden, zugleich aber habe die Regierung sich selbst getötet. Wenn die dritte Duma nicht imstande gewesen sei, mit Würde zu leben, müßte sie wenigstens, wenn nötig, mit Wahrung der Ehre perden. (Beifall links.)

auch die Monarchisten hätten keinen Grund zur Freude, da das Volk jetzt sehe, daß statt der selbständigen Gewalt des Monarchen jetzt die Diktatur Stolypins herrsche. (Beifall links.) Schlugen (Nationalisten) sagte, wenn auf Grund des Artikels 87 eine der Opposition sympathische Maßregel durchgeführt würde, dann würde die Opposition dies wahrscheinlich begrüßen. Die Durchführung des Gesetzes auf außerordentlichem Wege sei notwendig gewesen. Die Ereignisse, die ihr vorausgingen, seien in Westrußland als Sieg der Polen gedeutet worden. Die westrussische Bevölkerung habe an der Regierung gedankelt, und wenn solche Zweifel in der Volksseele austräten, dann dürste die Antwort nicht im Jahre, Monate oder Stunden verschoben werden. Sie müsse sofort erscheinen. Sollen wir nicht begreifen, daß der erste Edelmann des russischen Reichs von der Höhe des Throns dem Adel den richtigen Weg weisen? (Bravovorufe, Beifall bei den Nationalisten.) Unzulässigkeit hätten die außerordentlichen Zustände zu einer Ausnahmegebildgebung berechtigt. Stolypin habe eine große Bürde übernommen, er sei vielleicht überbürdet. Man könne ihn stützen, er werde vielleicht fallen, aber wer werde die Bürde wieder aufnehmen? (Beifall bei den Nationalisten.) Um eine Abstimmung über die Interpellation heute herbeizuführen, hat die Duma bestimmt, daß von 165 gemeldeten Rednern nur zehn sprechen dürfen.

Die Reichsduma hat die Interpellation, worin die Regierung ungesetzlichen Vorgehens beschuldigt wird, mit 174 Stimmen der Oskobisten und Mitgliedern der Opposition gegen 88 Stimmen der Nationalisten und Mitglieder der Rechten angenommen.

Abberufung des Petersburger chinesischen Gesandten Wie bekannt, wird der chinesische Gesandte in Petersburg abberufen und durch einen anderen Persönlichkeit ersetzt werden. Da die Nachrichten von der chinesischen Grenze noch immer sehr bedenklich lauten, haben die russischen Truppen in Dscharkent noch keinen Befehl erhalten, sich zurückzuziehen.

Das neue bulgarische Ministerium. Das Kabinett Gelschom ist bereits geteilt. Gelschom übernimmt das Präsidium und die Finanzen, Todorow's das Aeußere, der frühere Gesandte in Berlin Mitscherow das Kriegsministerium.

Die Auswanderung der portugiesischen Monarchisten. Aus dem spanischen Grenzort Vigo wird gemeldet: Seit dem Sturz der portugiesischen Monarchie war die Auswanderung nach Spanien noch nie so stark wie in den letzten Tagen. Unter den Ausgewanderten befinden sich zahlreiche royalistische Abtlinge, welche infolge der ihnen angedrohten Verhaftung verhaftet zu werden fürchteten. Ein Briefsteller, der sich den Flüchtigen nicht mehr rechtzeitig anschließen konnte, wurde verhaftet, weil er im Verdacht steht an der Verschönerung der monarchistischen Vereine beteiligt zu sein. Diese Gesellschaft ist, wie von republikanischer Seite berichtet wird, nach Art der früheren republikanischen Geheimbünde organisiert und argwöhnisch im ganzen Lande verstreut.

Die Türkei ein politisches Agh. Wie wir vor einiger Zeit berichteten, ist der rumänische Genosse Dr. Kalowski aus seiner Heimat vertrieben und auf einem rumänischen Schiffe nach Konstantinopel abgeschoben worden. Schon vor seiner Ankunft intervenierten die türkischen Abgeordneten Vlachow, Warkes und Babassian bei der Regierung, daß Kalowski sich in Konstantinopel ungehindert aufhalten könne. Nach der Ankunft Kalowskis beim türkischen Kammerpräsident Achmet Riza vom belgischen Abgeordneten Georges Lorand ein Telegramm, in dem auch er erwähnt wird, für Kalowski einzutreten. Achmet Riza hat hierauf den Wunsch geäußert, Dr. Kalowski kennen zu lernen. Kalowski begab sich ins Abgeordnetenhaus, wo ihn Achmet Riza warm begrüßte und ihn in einem langen Gespräch zu hören versuchte. Riza verwies darauf, daß auch er im Exil gewesen sei und das Los der Exilierten kenne. Der Kammerpräsident versicherte Kalowski, daß er auf türkischem Boden keine Feinde in unangenehmlichkeiten haben werde und bleiben könne, so lange er wolle. Kalowski dankte und erklärte, er werde nur so lange bleiben, bis er sich etwas erholt habe, dann wolle er nach Rumänien zurückkehren, um seine Sache zu Ende zu führen.

Die Unruhen in Albanien. Die Nachrichten aus Nordalbanien lauten äußerst alarmierend. Der Aufstand der Albanesen nimmt bedrohliche Dimensionen an. Infolgedessen wurden starke Truppenabteilungen von Konstantinopel und Saloniki in das Anstaltsgebiet dirigiert. Die Massiforen im Bezirk Tuzi haben sämtliche kleinen Forts erobert, die Belagerung entworfen und davon gejagt. Es sind ihnen viele Waffen, Munition sowie drei Kanonen in die Hände gefallen.

Nach weiteren Meldungen handelt es sich bei den ausgebrochenen Unruhen um einen regelrechten Aufstand, welcher der Regierung viel zu schaffen machen wird. Der Effektbestand der Aufständigen wird auf über 4000 Mann veranschlagt. Bei den Kämpfen sind bereits zahlreiche türkische Soldaten getötet worden.

Eine Militärverschwörung in China. Nach einer Meldung aus Wladivostok wurde in Paoingju (China) eine Militärverschwörung entdeckt. Ein Teil der 6. Division ist mit den Waffen in der Hand desertiert. Um einem Ausfall vorzubeugen, sind in Peking Maßnahmen getroffen worden.

Aus Oberschlesien.

Ein katholischer Geistlicher über die Zentrumsparthen.

Die große Zentrumsparade in Oberschlesien, die vor kurzem in Königsbrunn stattfand, war nur von dem einen Gedanken erfüllt, den von den Nationalisten tief erschütterten Zentrumsparthen wieder aufzurichten und die an die Nationalisten verloren gegangenen Reichstagsmandate wieder zu gewinnen. Um dieses Ziel erreichen zu können, rüstet die ober-schlesische Zentrumsparthe energisch zum bevorstehenden Reichstagswahlkampf. Es wird seit längerer Zeit eifrige Propaganda unter der polnisch-katholischen Bevölkerung Oberschlesiens gemacht. Zu diesem Zwecke werden in jeder Parochie Zentrumswahlvereine errichtet, es wird für die Ausbreitung der Zentrumsparthe gesorgt, es soll wieder ein Zentrumsblatt in polnischer Sprache herausgegeben werden und dergleichen mehr. Gegen diese Bemühungen der Zentrumsparthe wenden sich die Nationalisten, insbesondere derartige mehr radikal gestimmte Mängel herbeizubringen, die sich nach der Abschneidung des nationalpolnischen Selbstbestandnis in das Lager des gemäßigten Nationalisten und die neu geschaffene "Gazeta Lubowa" (Wochenzeitung) gruppiert hat.

In Nr. 37 dieses Blattes vom 27. März d. J. zielt ein polnisch-katholischer Geistlicher ins Feld gegen die Agitation unter der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens für die Zentrumsparthe. Nachdem er auf die Ursachen ihrer Erfolge, als die er die gut geleitete und weit verzweigte Organisation derselben anerkennt, hingewiesen hat, sieht er sich zu folgenden beachtenswerten Ausführungen genötigt:

Über darauf bedürfen sich die Ursachen der günstigen Entwicklung der Zentrumsparthe nicht. Es kommt noch ein sehr wichtiger Grund hinzu, und das ist die katholische Geistlichkeit. Die Zentrumsparthe wollen natürlich nicht zugestehen, daß sie den riesigen Teil ihrer Erfolge dem Einflusse der Geistlichen zu verdanken haben; sie behaupten, daß nur die erprobte Politik der Partei über ihr Wohlergehen entscheidet. Es finden sich jedoch Zentrumspartheiler, welche dieser Behauptung nicht widersprechen, welche offen zugeben, daß ohne die Agitation der Geistlichen sich die Partei eines solchen Aufsehens beim Volke nicht erfreuen würde. Wir würden die Hälfte der Mandate verlieren, wenn die Geistlichkeit sich von der Partei trennen würde, hat ein bedenklicher

Zentrumspartheiler gesagt. Ich mache daraus den Zentrumspartheiler keinen Vorwurf, denn es steht jedem, also auch den Geistlichen, frei, für eine Partei zu agitieren, für die er will, wenn er sich nur in gemäßigten Grenzen hält. Leider kann man das nicht immer von den Zentrumspartheilern sagen, insbesondere von Zentrumspartheilern in Oberschlesien.

Das, was die Geistlichen bei uns im Interesse der Zentrumspartheiler erlauben, übertrifft alle menschlichen Begriffe. Mein Haus ist das Haus des Gebets, sagte Christus, unsere Kirchen sind jedoch zu Bureau des Zentrumspartheiler geworden. Von der Kanzel herab gelüftet und es wird zu ihnen eingeladen, von der Kanzel herab wird das Lesen der Zentrumspartheilerblätter empfohlen. In Kattowitz hat der Geistliche in der Kirche von der Kanzel herab zu einer Zentrumspartheiler eingeladen, an den Türen war ein großes Plakat mit beschuldiger Einladung angeschlagen. In einem gänzlich polnischen Dorfe, dessen Bevölkerung bei den letzten Wahlen mit geringen Ausnahmen sich für die polnische Kandidatur entschieden hat, sah ich an der Kirchentür das Verzeichnis "guter katholischer" Zeitungen. Es waren das nur Zentrumspartheilerblätter, natürlich die deutschen.

Natürlich hat dieselbe polnisch-nationalistische Presse, welche den Mißbrauch der Kirche für die politische Propaganda, sobald sie sich gegen die national-polnische Bewegung richtet, nicht dagegen einzusetzen, wenn die Kanzel und sogar der Beichtstuhl zur Bekämpfung der Sozialdemokratie benutzt werden.

Neustadt O.S., 30. März. Eine interessante Auseinandersetzung gab es gestern Abend im katholischen Gesellenhaus, wo die christlichen Gewerkschafter eine Versammlung freier Diskussion ansetzten und unsere Gewerkschafter dazu eingeladen hatten. Zu der Versammlung hatte sich der sozialdemokratische Kandidat unseres Kreises, Genosse Vöbe, eingeladen, der nach einem Vortrage des christlichen Gewerkschaftssekretärs Neumann-Schweidung unter großer Aufmerksamkeit auch der Gegner das Wort ergriff und einmal beleuchtete, wie es mit der christlichen Weltanschauung im wirtschaftlichen Kampfe steht, wie der christliche Kapitalist gegen den christlichen Arbeiter wütet und nichts von einer Gemeinsamkeit der christlichen Weltanschauung merken läßt. Zahlreiche Beispiele fanden dem Redner dafür zur Verfügung. Alsdann ging er Punkt für Punkt die gegen die freien Gewerkschaften erhobenen Vorwürfe durch und widerlegte sie unter Anführung der Beweise, so daß Herr Neumann im Schlusswort gar seltsame Winkelzüge machen mußte, um seine Behauptungen einigermaßen glaubhaft erscheinen zu lassen. Die Versammlung, die den Saal des Gesellenhauses bis zum letzten Platze füllte, war zur Hälfte aus Sozialdemokraten, zur Hälfte aus Christen gebildet, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß sich das christliche Element überwiegend aus Frauen rekrutierte. Wenn auch einige von diesen unseren Redner in heiligem Eifer zu unterstützen versuchten, so irrte man doch an dem Drehen der Rechten, daß die Worte unseres Redners tiefen Eindruck gemacht hatten und gar mancher die Vorstellung von einem Sozialdemokraten erheblich geändert hat. Manches Kopfnicken und manche Zustimmung wurde dem Genossen Vöbe zuteil. In seinem Schlusswort hielt Herr Neumann es für nicht widerlegt, daß die christliche Weltanschauung eine arbeiterfreundliche sei und daß die christlichen Gewerkschaften unabhängig dastehen. Was die letztere Frage anlangt, so ist bekannt, daß die christlichen Gewerkschaften nur ein rechtloser Schwanz des Zentrums sind. Haben die christlichen Gewerkschaften im Reichstage etwas für die ungeschunden Steuerlasten gestimmt aus Interesse für die Arbeiter? Hat nicht die West-Arbeiterzeitung des Herrn Giesberts diese Steuerlasten schon vorher als unerträglich für die Bescholten bezeichnet? Und dann ging man hin und stimmte für neue Lasten, weil die christlichen Gewerkschaftsführer dem Zentrum und den Radikalen folgen mußten. Das ist ihre Unaufrichtigkeit! — Ob die christlichen Gewerkschaften oder überhaupt die wahre arbeiterfreundliche christliche Weltanschauung vertreten, darüber sind sich diese Herren selbst nicht einig. Die katholischen Facharbeiter behaupten in ihrem Organ "Der Arbeiter" ausdrücklich, daß die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften den Grundrissen des Christentums widersprechen und deshalb kein Geistlicher und kein wahrhaft christlicher Arbeiter in diese Gewerkschaften hineingehört. Sie halten also das arbeiterfeindliche Christentum des Herrn Neumann für Heuchelei! Wie sollen wir diese Arbeiterfreundlichkeit merken? Der Herr Herr "Trotter Volksbote" schreibt sogar:

„Mein lieber Arbeiter, dein eigentlicher Arbeitgeber ist nicht ein Fabrikherr, sondern der liebe Gott, du mußt also ihm zuliebe jede Arbeit verrichten. Gott ist auch der eigentliche Zahler, der Fabrikherr ist nur der Unterbeamte Gottes. Der irdische Lohn ist nur Anlagungsabgabe, die Hauptsumme steht bei Gott in Kredit; der eigentlichen, ewigen, herrlichen Lohn hebt Gott für ewige Leben auf... Bei dieser Arbeit wird jede Rechnung dir leicht, jede Arbeit süß und trotz Plage das Herz des Arbeiters voll Zufriedenheit. Denn er fühlt sich, da er für Gott arbeitet, reich, er ist alle irdischen Sorgen los und weiß, daß er nur scheinbar schlecht gestellt ist.“

Das ist die wahre Weltanschauung des Christentums, sie steht allerdings nicht sehr arbeiterfreundlich aus. Die Versammlung fand denn auch den Schlussworten des Herrn Neumann sehr mißtraulich gegenüber und das am Schlusse angebrachte Hoch klang erheblich dünner als der Beifall, den Genosse Vöbe bei der Rede der Versammlung gesunden hatte. Alles in allem eine interessante Auseinandersetzung, die ihre Fortsetzung bei Gelegenheit im Gewerkschaftshause finden wird.

Neustadt O.S., 30. März. Lohnbewegung der Lederarbeiter. Die hiesigen Lederarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Mit 23 von 31 abgegebenen Stimmen wurde in der letzten Versammlung beschlossen, eine 10prozentige Lohn-erhöhung und Festsetzung von Tarifhöhen für sämtliche Betriebszweige zu fordern. Von der Einsicht der Unternehmer wird es abhängen, ob es zur Arbeiterzufriedenstellung kommt. Die endgültige Entscheidung soll nach eingegangener Antwort erfolgen.

Kattowitz, 30. März. In der Babewanne verhaftet. Der Räuber des Wälders Stadomski aus Wladimirovitz ist in Kattowitz, hieß es am Samstag Nachmittag. Die Kattowitzer Polizei hatte davon Kenntnis und riefte dem Verbrecher auf den Leib. Man hatte ermittelt, daß der Räuber im Wälders auf der Suche nach dem Wälders war und bewaffnet wurde die Polizei, um den gefährlichen Menschen festzunehmen. Von einer Raubpartei aus konnte man den Mann in der Babewanne sehen und da stellte es sich heraus, daß es nicht der Räuber von Wladimirovitz, sondern der langjährige Räuber Carl Ewertling aus Kamodzie war, ein Mitglied der Bande Katschka. Man verhaftete den Mann aus der Babewanne heraus.

Kattowitz, 30. März. Ein Waldbrand hat am Montag Nachmittag in den Wäldern zwischen Jadowitz und Wladimirovitz gelegenen Forsten aus, durch den etwa 6 ha großflächiger Nadelwald vernichtet wurden. Die Ursache, weshalb die Waldbrand sich an diesem Ort ereignete, ist noch nicht festgestellt. Der Brand wurde durch Waldarbeiter und durch die Feuerwehren der waldigen Dörfer gelöscht.

Kattowitz, 30. März. Sozialdemokratischer ein. Die Monatsversammlung findet am Dienstag, 11. April, Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause statt.

Babitz, 30. März. Schrecklicher Tod. Ein Arbeiter, der in der Fabrik arbeitete, wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er am nächsten Morgen starb. Die Ursache des Todes wurde noch nicht festgestellt.

Babitz, 30. März. Ein Arbeiter, der in der Fabrik arbeitete, wurde durch einen Unfall tödlich verletzt. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er am nächsten Morgen starb. Die Ursache des Todes wurde noch nicht festgestellt.

lechten Träume der russischen Konstitutionalisten schwinden, so

leben und „Interesse“ ist es, welches es mit allen Mitteln im Kampf auf der ganzen Linie treibt. Nachdem man die Tischlermeister seit Wochen bearbeitet, diese jetzt soweit, daß sie dem Kommando Gurliits blind folgen. Anstatt zu versuchen, die noch vorhandenen geringen Differenzen zu beseitigen, wurden die Verhandlungen von Unternehmern abgebrochen. Am 26. März wurde dem Holzarbeiterverband von der Innung mitgeteilt, daß, weil der ständige Arbeitsnachweis an gekippte Betriebe Arbeitskräfte zu vermitteln, sich die Tätigkeit an der Arbeitsnachweisstelle nicht zu lassen!

Diese Drohung hat die Innung wahr gemacht. Der Hamburger „Arbeitsnachweis“ für das Holzgewerbe ist am 27. März durch einen Gewaltakt des Vorstandes der Tischlerinnung auf Veranlassung des Verbandes „Interesse“ geschlossen. Der Holzarbeiterverband hat gegen diese Maßnahme protestiert und alle weiteren Schritte vorbehalten. Von der Innung wurde nunmehr in Gemeinschaft mit dem Schutzverband die Vermittlung der Hamburger Tischlermeister einberufen, in der die Forderung aller Hamburger Holzarbeiter beschlossen wurde. Der Vorstand von „Interesse“, der Vorstand des Schutzverbandes und der Innung in Gemeinschaft mit weiteren maßgebenden Unternehmern hatten vorher schon einen dahingehenden Beschluß gefaßt.

Welchen Umfang die Aussperrung annehmen wird, läßt sich nicht sagen. Das steht aber schon jetzt fest, eine ganze Anzahl Unternehmern werden nicht aussperrt und „Interesse“ seiner ganzen Gefolgschaft wird sehr bald einsehen, daß man in große — Dummheit gemacht hat.

Inzwischen wird in der Generalanzeiger-Presse schon nachfolgend, Maschinenarbeitern zc. inseriert. Auch Kleinmeister werden gefordert, welche ansehnliche Arbeiten fertigstellen sollen. Zugang ist fernzuhalten.

Der Streik der sächsischen Arbeiter in Kolberg. Der Magistrat der Stadt verläßt sich jetzt auf seine Arbeitswilligen und ist sich gegenüber den Forderungen der Arbeiter und dem Wunsch der Verhandlungen sehr ungeschicklich. Die Belästigung der Stadt ist zu empfindlich worden; ganze Stadtviertel liegen Nacht im Dunkeln. Am Sonntag wurde eine öffentliche Volksversammlung, die überfüllt und sehr stark vom bürgerlichen Publikum besucht war, gegen das Verhalten des Magistrats und die daraus der Stadt nachteiligen Schäden; sie erwarbt, daß unverzügliche Verhandlungen in der Kommunalmission angesetzt werden, damit die berechtigten Ansprüche der Arbeiter erfüllt und die Stadt vor weiteren Nachteilen bewahrt bleibt.

Die Möbeltransportarbeiter in Frankfurt a. M. haben Arbeit eingestellt, nachdem Verhandlungen mit den Unternehmern resultatlos verlaufen waren. Es handelt sich um ungefähr 20 Mann.

40 Korbmacher in Bielefeld, Kreis Oesterhunde, haben gegen Abfordern der Korbmacher, den 27. März, die Arbeit eingestellt. Die Bielefelder Korbmacher gehören zu den schlecht zahlenden Arbeiterkategorien der Unterwelt. Zugang ist fernzuhalten.

Die Aussperrung der Steinarbeiter in Weimar (Reg. Rassel) ist beendet. Die Firma Bauh u. Co., die ihre 400 Arbeiter auf Pflaster geworfen hatte, um eine Schwächung der Kraft gewordenen Organisationen herbeizuführen, hat klein beigetragen und sogar noch eine Erhöhung der Löhne bewilligen müssen.

Arbeitsvertrag für die Landwirtschafsgärtner in München. Vor dem Einigungsamt des Münchener Gewerbegerichts fanden Verhandlungen statt, die zum Abschluß eines auf drei Jahre lautenden Arbeitsvertrages für die Landwirtschafsgärtner führten. Es wurde eine Arbeitszeit von 10 Stunden für die Zeit vom 1. März bis 1. November, für die übrige Zeit des Jahres eine Arbeitszeit von neun Stunden vereinbart. Der Mindestlohn beträgt für Gehilfen in den ersten zwei Gehilfenjahren pro Stunde 40 Pfg., für die übrigen Gehilfen, die mindestens eine Saison in der Branche tätig gewesen sind, 50 Pfg. ab 1912 54 Pfg. Gartenarbeiter und Tagelöhner erhalten 48 Pfg. nach einjähriger Tätigkeit 50 Pfg. Partiführer erhalten pro Stunde 5 Pfg. mehr. Ueberstunden werden mit 10 Pfg. Aufschlag vergütet, Sonn- und Feiertagsarbeit mit 20 Pfg. Delorationsarbeiter erhalten die Hälfte dieses Aufschlages für Ueberstunden. Für Arbeiter außerhalb des D. des dieses Aufschlages bezahlet. Der Vertrag wurde ohne Streik durchgesetzt. Vertragsschließende sind auf Unternehmenseite die Vereinigung selbständiger Landwirtschafsgärtner Münchens, auf Arbeitseite der freigewerkschaftliche Allgemeine Deutscher Gärtnerverein.

Aussperrung der Tagelöhner-Aussperrung in Ost u. Bayern. Wie bereits berichtet, sind die Weber und Weberinnen von drei Betrieben ausgesperrt worden, weil sie eine Verlängerung der Arbeitszeit an den Sonntagen nicht zulassen wollten. Daher war der Sonntags Nachmittags frei, jetzt verlangen die Unternehmer auf Verreiben des Unternehmerverbandes, daß Sonntags Nachmittags wieder gearbeitet werden müsse. Dessen weigerten sich die Arbeiter und die Unternehmer sperren daraufhin aus. Da diese Aussperrung nicht den gewünschten Erfolg brachte, so haben die Unternehmer am Montag durch Anschlag den Arbeitern zur Kenntnis gebracht, daß ab Montag, den 2. April, die Betriebe geschlossen bleiben. Diejenigen Arbeiter, die glaubhaft nachweisen können, daß sie nicht dem Verbands der Textilarbeiter angehören, wollen die Unternehmer unterstellen. Wird nach dieser Bekanntgabe verfahren, so werden am nächsten Montag weitere 2000 Arbeiter ausgesperrt sein; die Aussperrung würde sich auf fünf weitere Betriebe erstrecken. Und das alles, weil die Arbeiter sich ein Recht, das sie seit langem haben, nicht wieder nehmen lassen wollen.

Parteiangelegenheiten.

Der Formarisch in Posen. Vom 1. April ab wird im Verlage des „Sächsischen Volksfreundes“ der „Volksbote“ als Kopfblatt für den Wahlkreis G. bad-Pensheim erscheinen. Aus diesem Anlaß wurde am letzten Sonntag in dem weit verzweigten, etwa 150 kleinere Orte umfassenden Wahlkreis eine große Anzahl von öffentlichen Versammlungen abgehalten, die ein durchaus befriedigendes Ergebnis zeigten.

Es wurden nicht nur viele hundert von neuen Leuten für die Parteipresse gewonnen, sondern auch in einer Reihe von Orten Parteioorganisationen gegründet. Wie die sozialdemokratische Arbeit wirkt, geht daraus hervor, daß z. B. in Fürth i. Oberwald, einem Marktleden von 1500 Einwohnern, eine Organisation von 43 Mit-

gliedern ins Leben gerufen werden konnte. Gegen sie wurde der Kreisgewerkschaft mobil gemacht; die militärische Mobilisierung hatte den allerdings nicht erwarteten Erfolg, daß 18 Kreisgewerkschaftler ihre Mitgliedschaft im Gewerkschaftsverein aufgaben!

Von der Parteipresse. Der politische Redakteur unseres polnischen Parteiorgans, der Rattowitzer „Gazeta Robotnicza“, Genosse Emil Caspary, scheidet aus der Redaktion zum 1. April.

Ein Trauerfall in der schwedischen Sozialdemokratie. Die Arbeiterschaft Stockholms hat am Sonntag unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung den Genossen Ernst Blomberg zu Grabe geleitet, der seit dem Jahre 1898 Vorsitzender des Eisen- und Metallarbeiterverbandes war und außerdem eine Reihe von Jahren Stadtverordneter, sowie seit 1906 Reichstagsabgeordneter. Bis zum Herbst vorigen Jahres gehörte er der Zweiten Kammer des Reichstages an, aus der er ausschied, als er von Götterbergs Landthing in die Erste Kammer gewählt wurde, in der bis dahin kein Sozialdemokrat Platz gefunden hatte.

Belegungen der sächsischen Markt-Notierungskommission.
Breslau, den 29. März.

	gute		mittlere		geringe Sorten	
	50kg	niedr.	50kg	niedr.	50kg	niedr.
Weizen weißer	19 20	18 20	18 20	17 20	17 20	16 20
Weizen gelber	19 10	18 10	18 10	17 10	17 10	16 10
Roggen	14 40	13 20	13 20	12 20	12 20	11 20
Gerste	17 60	16 10	16 10	15 10	15 10	14 10
Hafer	14 10	13 20	13 20	12 20	12 20	11 20
Wicken	18 20	17 10	17 10	16 10	16 10	15 10
Erbsen	25 10	24 10	24 10	23 10	23 10	22 10
Böden	19 20	19 10	19 20	18 20	18 10	17 20

Heu per 100 Rgr. 6.40—6.80 Rgr.
Rangstroh per 100 Rgr. 4.20—4.60 Rgr.
Brennholz per 100 Rgr. 2.70—3.10 Rgr.

Breslauer Weizenmarkt. Weizen rubig per 100 Rgr. inkl. Sach brutto 22.00 Rgr. Roggen 22.00—22.50 Rgr. Roggenmehl 90 rubig 22.00 Rgr. 22.50 Rgr. Roggenmehl 80 rubig 21.50—22.00 Rgr. Roggenmehl 70 rubig 21.00—21.50 Rgr. Weizenmehl 100 10.00—10.50 Rgr.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Montags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

R. Sch., Regnitz. Ihre Sache ist dem Genossen Liebkecht übergeben worden.

Striegau. Wenn Sie das uneheliche Kind der Frau auf Ihren Namen unterschreiben lassen wollen, müssen Sie sich an das Standesamt wenden, in dessen Register die Geburt des Kindes eingetragen ist. Das ist gefühlige Vorsicht. Die Kosten haben Sie zu tragen.



Kinder- nahrung
Kranken- kost.

Hervorragend bewährte Nahrung.
Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

Wohlthatbandlung
Carl Rother & Rode
Breslau I. Sommerstr. 26.
Spezialität: 4571
ff. alte Sumatra-Decken
von 100 Stk. an je 100 Stück.

Verlangen Sie Putzin-
Flüssigkeit nur mit gen. gesch.
Spartropf-Einrichtung.

Putzin
bester flüssiger
Metallputz

BR. 228272. BR. 444887.

Bitte lesen! Bitte lesen!
Beim Einkauf von **Henkel's Bleich-Soda**
achte man genau auf untenstehende Packung und weiße Nachahmungen, da meistens minderwertig, energisch zurück. 1418



Henkel's Bleich-Soda

Spezialbedeutend. Es ist nicht die Hälfte, sondern die Hälfte der üblichen Menge. Es ist nicht die Hälfte, sondern die Hälfte der üblichen Menge. Es ist nicht die Hälfte, sondern die Hälfte der üblichen Menge.

P. P.
Hierdurch gestalte ich mir ergebenst anzuzeigen, dass ich vom 1. April cr. ab den Alleinvertrieb meines äusserst beliebten

Gramsch-Porter

an
Herrn Max Hübner,
Breslau VI, Friedrich-Wilhelmstrasse 45,
Fernsprecher 2244.
für Breslau und Provinz Schlesien übertragen habe.
Hochachtungsvoll 1648
R. Gramsch,
Porterbier-Brauerei Obernigk.

In freier Stunden, Seit 10 Pfg.

Ausstellungs-Räume in 6 Etagen!

Möbel-Einrichtungen
in jeder Preislage.

Langjährige Garantie. Billige Preise.

Krimke & Co., Neue Graupenstr. 7
am Sonnenplatz

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses

Waren- u. Kaufmanns.	Waren- u. Kaufmanns.	Waren- u. Kaufmanns.	Waren- u. Kaufmanns.
Waren- u. Kaufmanns.	Waren- u. Kaufmanns.	Waren- u. Kaufmanns.	Waren- u. Kaufmanns.
Waren- u. Kaufmanns.	Waren- u. Kaufmanns.	Waren- u. Kaufmanns.	Waren- u. Kaufmanns.
Waren- u. Kaufmanns.	Waren- u. Kaufmanns.	Waren- u. Kaufmanns.	Waren- u. Kaufmanns.

